

Formulare zum Nachweis der Eignung

RAG Aktiengesellschaft

Versorgung mit elektrischer Energie und Erbringung energieversorgungsnaher Dienstleistungen

Los 2 – Stromversorgung der RAG-Abnahmestellen in Niederspannung (SLP)

Hinweise:

1. Auf die in der EU-weiten Bekanntmachung aufgenommenen Mindestanforderungen an die Eignung ist zu achten! Werden diese nicht erreicht, muss ein Ausschluss erfolgen.
2. Bitte reichen Sie die nachfolgenden Formulare ausgefüllt an den dafür vorgesehenen Stellen zurück.
3. Die eingereichten und ausgefüllten Formulare sind ohne Unterschrift gültig; es sei denn, eine Unterschrift ist ausdrücklich gefordert.

Formular I

Erklärung der Bewerbergemeinschaft

(Von der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Sofern die Bewerbergemeinschaft mehr als vier Mitglieder haben soll, ist das Formular zu vervielfältigen.)

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft,

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

Formular II

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(Das Formular ist von jedem Unternehmen mit einer Rolle im Vergabeverfahren auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
- ☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe

1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 - a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 - d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit, Bestechung und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 - h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohnge-
setz, dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie dem Lieferkettensorgfalts-
pflichtengesetz – verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unterneh-
mens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröff-
net worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abge-
lehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und
seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfeh-
lung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens³ infrage gestellt wird,
- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen
oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschrän-
kung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

³ siehe Fußnote 1 auf Seite 1

- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
 - mein/unser Unternehmen nicht bereits in der Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war oder dass dadurch keine Wettbewerbsverzerrung resultiert,
 - mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
 - mein/unser Unternehmen nicht versucht hat oder versuchen wird, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die das Unternehmen unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,
 - mein/unser Unternehmen keine irreführenden oder unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren abgegeben hat oder abgeben wird.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Wettbewerbsregister führen können, eingeholt wurden.

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten⁴ oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister⁵ führen könnten.

⁴ Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

⁵ Ein Eintrag in das Wettbewerbsregister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz – WRegG) vorliegen:

(1) In das Wettbewerbsregister sind einzutragen:

1. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle, die wegen einer der folgenden Straftaten ergangen sind:

a) in § 123 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführte Straftaten,

b) Betrug nach § 263 des Strafgesetzbuchs und Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuchs,

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 3. auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss vorzulegen.

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenklärung der Bewerbung beizufügen.

soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,

- c) Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a des Strafgesetzbuchs,
 - d) Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung oder
 - e) wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen nach § 298 des Strafgesetzbuchs;
 - 2. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle sowie rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen einer der folgenden Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ergangen sind, sofern auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen erkannt oder eine Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro festgesetzt worden ist:
 - a) nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, den §§ 10 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. März 2017 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist,
 - b) nach § 404 Absatz 1 und 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 8 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist,
 - c) nach den §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258) geändert worden ist,
 - d) nach § 21 Absatz 1 und 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 39 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist, oder
 - e) nach § 23 Absatz 1 und 2 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 40 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist;
 - 3. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, auch in Verbindung mit § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, wegen Straftaten nach Nummer 1 oder Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten nach Nummer 2 ergangen sind; oder
 - 4. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Absatz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) ergangen sind, wenn ein Bußgeld von wenigstens einhundertfünfundsiebzigtausend Euro festgesetzt worden ist.
- (2) In das Wettbewerbsregister werden ferner Bußgeldentscheidungen eingetragen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 81 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind, wenn eine Geldbuße von wenigstens fünfzigtausend Euro festgesetzt worden ist. Nicht eingetragen werden Bußgeldentscheidungen, die nach § 81a Absatz 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind.

Formular III

Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
- ☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe

Gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG müssen Öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/die Bewerberin beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder 2 MiLoG anfordern oder von diesen eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen, verlangen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen.
- ich/wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle einer Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus Wettbewerbsregister anfordern können.

Formular IV

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 8. April 2022 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
 - a) Russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 – wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt – als Unterauftragnehmer, Eignungsleihgeber oder Lieferanten beteiligt sind und beteiligt werden.

3. Mir / uns ist bekannt, dass die vorstehende Vorschrift sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Konzessionen als auch die weitere Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge grundsätzlich verbietet. Ausgenommen von dem Verbot der weiteren Vertragserfüllung sind gem. Artikel 5 k) Absatz 4 der vorgenannten Verordnung (EU) Nr. 833/2014 bis zum 10. Oktober 2022 solche Verträge, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Ort, Datum

Firmenname, Unterschrift des Erklärenden

Name des Erklärenden in Druckschrift

Artikel 5k lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — ,Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit

sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Formular V

Eigenerklärung zum Unternehmen

(Das Formular ist von jedem Unternehmen mit einer Rolle im Vergabeverfahren auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen. Soweit dies vorgesehen oder erforderlich ist, können/müssen Erläuterungen in selbst zu erstellenden Anlagen vorgenommen werden.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit technischer/beruflicher Eignungsleihe

Hauptsitz des Unternehmens:	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	
Telefon-Nummer	
E-Mail-Adresse	
Gründungsjahr:	
Gesellschafter/ggf. Konzernzugehörigkeit:	
Größe des Unternehmens	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Klein <input type="checkbox"/> Mittel <input type="checkbox"/> Groß

	<table><tr><th>Bezeichnung</th><th>Beschäftigte</th><th>Jahresumsatz</th></tr><tr><td>Kleinstunternehmen</td><td>Bis 9</td><td>Bis 2 Mio.</td></tr><tr><td>Kleine Unternehmen</td><td>Bis 49</td><td>Bis 10 Mio.</td></tr><tr><td>Mittlere Unternehmen</td><td>Bis 249</td><td>Bis 50 Mio.</td></tr><tr><td>Großunternehmen</td><td>Über 249</td><td>Über 50 Mio.</td></tr></table>	Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz	Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio.	Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio.	Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio.	Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio.
Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz														
Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio.														
Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio.														
Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio.														
Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio.														
Geschäftsfelder	<div></div> <div></div> <div></div>															
Darstellung der Mitarbeiterstruktur, Gesamtzahl der Mitarbeitenden	<div></div> <div></div> <div></div>															

Formular VI

Eigenerklärung zu der Betriebshaftpflichtversicherung

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- ☐ über eine Betriebshaftpflichtversicherung bei der

(Bitte eintragen)

mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personen- und Sachschäden	10,0 Mio. EUR
für Vermögensschäden	10,0 Mio. EUR

verfüge(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

- ☐ im Fall der Auftragserteilung bei der

(Bitte eintragen)

eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personen- und Sachschäden	10,0 Mio. EUR
für Vermögensschäden	10,0 Mio. EUR

unverzüglich abschließen werde(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

Formular VII

Eigenerklärung zu den Umsätzen

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen, sofern eine Bewerbung für Los 2 abgegeben wird. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen. Das Formular ist zudem auch von Nachunternehmern auszufüllen, auf deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft.)

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit wirtschaftlich/finanzieller Eignungsleihe

HINWEIS:

Ein jährlicher **Mindestgesamtumsatz** von 2,5 Mio. EUR (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren muss im Mittel erreicht oder überschritten worden sein (**Mindestanforderung**). Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Ein jährlicher **Mindestumsatz** von 2 Mio. EUR (netto) muss im Bereich „Stromlieferung Niederspannung“ im Mittel erreicht oder überschritten worden sein (**Mindestanforderung**). Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Letzte drei abgeschlossene Geschäftsjahre (selbst eintragen!)	Umsatz Gesamt EUR (netto)	Umsatz EUR (netto) im Bereich „Stromlieferung Niederspannung“

Formular VIII

Eigenerklärung Unternehmens–Referenzen

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen, sofern eine Bewerbung für Los 2 abgegeben wird. Bei Bewerbungsgemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bewerbungsgemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

HINWEIS: Es ist **mindestens eine** Eigenerklärung über eine Unternehmens-Referenz einzureichen. Die eingereichten Unternehmens-Referenzen müssen **summiert** die folgenden Mindestanforderungen (lit. a-d) erfüllen:

- a) Belieferung der Stromversorgung von Niederspannungs-Netzanschlüssen mit einem Umfang von mindestens 500 MWh im Jahr,
- b) Unter Verwendung der Mess- und Abrechnungsart SLP (Standardlastprofil),
- c) die Leistungen wurden in den letzten 5 Jahren (Abschluss der Leistungserbringung nicht vor Mai 2021) erbracht.

Mindestens eine Referenz muss zusätzlich folgende Mindestanforderung erfüllen:

- d) Kündigung und Mitteilung an einen oder mehrere Vorversorger zur Übernahme der Abnahmestellen zur Belieferung

Wertungsanforderungen an die eingereichten Unternehmensreferenzen:

- i. Im Rahmen der Mindestanforderung a) werden nur solche Referenzen berücksichtigt, die die Belieferung der Stromversorgung von Niederspannungs-Netzanschlüssen mit einem Umfang von mindestens 50 MWh im Jahr umfassen.
- ii. Es werden nur solche Referenzen berücksichtigt, die die Mindestanforderungen lit. b) und c) erfüllen.

Mindestanforderungen an den jeweils summierten Umfang der berücksichtigten Referenzen:

- Die **Unternehmens-Referenzen** müssen summiert in einem Kalenderjahr die **Mindestanforderungen lit a.-c.** erfüllen. Eine Referenz, die die Mindestanforderungen lit. b) und c) sowie die Wertungsanforderung i. erfüllt, muss die Mindestanforderung lit. d) erfüllen.

Hinweise:

Die summierten Mindestanforderungen können mittels einer Referenz, die den jeweiligen Umfang der Mindestanforderungen lit. a - d erfüllt, oder mittels mehrerer Referenzen nachgewiesen werden. Im Rahmen der Summierung des Umfangs der einzelnen eingereichten Referenzen werden jeweils nur solche Referenzen aus einem Kalenderjahr berücksichtigt, die die Wertungsanforderung i. erfüllt.

Beispiel: Ein Bewerber reicht Referenzen aus dem Jahr 2024 ein, die die Mindestanforderungen lit. b) – d) und die Wertungsanforderung i. erfüllen. Zusätzlich wird eine Referenz aus dem Jahr 2025 eingereicht, die die Wertungsanforderung i. erfüllt. Bei der Summierung des Umfangs der Referenzen werden lediglich die Referenzen aus dem Jahr 2024 berücksichtigt.

Sofern die summierten Mindestanforderungen lit. a) – d) nicht nachgewiesen werden, erfolgt ein Ausschluss.

Referenz Nummer: ____

Es sind alle Felder auszufüllen!

Referenzprojekt: _____

Leistung: _____

Auftraggeber: _____

Auftragnehmer: _____

Auftragswert: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon des Ansprechpartners: _____

E-Mail des Ansprechpartners: _____

Beginn Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Ende Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen und Angaben zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Beinhaltet das Referenzprojekt die Belieferung der Stromversorgung von Niederspannungs-Netzanschlüssen mit einem Umfang von mindestens 50 MWh im Jahr?

☐ ja

☐ nein

Der Umfang belief sich im Jahr ____ auf ____ MWh.
ggf. ausfüllen: Jahr ____ auf ____ MWh.
 Jahr ____ auf ____ MWh.
 Jahr ____ auf ____ MWh.

- Beinhaltet das Referenzprojekt die Verwendung der Mess- und Abrechnungsart SLP (Standardlastprofil)?

☐ ja

☐ nein

- Wurden die Leistungen in den letzten 5 Jahren (Abschluss der Leistungserbringung nicht vor Mai 2021) erbracht?

☐ ja

☐ nein

- Beinhaltet das Referenzprojekt die Kündigung und Mitteilung an einen oder mehrere Vorversorger zur Übernahme der Abnahmestellen zur Belieferung?

☐ ja

☐ nein

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

Formular IX

Eigenerklärung Key-Account-Ansprechpartner

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen, sofern eine Bewerbung für Los 2 abgegeben wird. Bei Bewerbungsgemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bewerbungsgemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Das Formular ist zudem auch von Nachunternehmen auszufüllen, auf deren technische Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Firma eintragen)

Der Bewerber benennt den vorgesehenen Key-Account-Ansprechpartner namentlich und erklärt verbindlich, dass diese im Auftragsfall ab Vertragsbeginn für die gesamte Vertragslaufzeit entsprechend seiner Rolle eingesetzt wird und die hierfür erforderlichen zeitlichen Kapazitäten verfügbar sind. Er versichert, dass die benannte Person der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist.

Key-Account-Ansprechpartner	Name:	
	Mitarbeiter des Mitglieds (nur bei Bietergemeinschaften anzugeben):	
	Telefon:	E-Mail:
	Fachrichtung:	
	Berufliche Qualifikation	
	Berufserfahrung (Jahre):	

Formular X

Verzeichnis der Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher

Ein Bewerber oder eine Bewerbungsgemeinschaft kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen.

Hinweis: Im Hinblick auf die Einreichung zusätzlicher Unterlagen sind drei Fälle zu unterscheiden:

Fall 1:

Für die Benennung eines bereits bekannten **Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe** hat der Bewerber zusätzlich für jeden Unterauftragnehmer einzureichen: Die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt „Eintragung in das Handelsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen mit Ausnahme der Formulare I und IV.

Hinweis zu Fall 1: Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie sämtliche Eignungsanforderungen bereits selbst als Bewerber oder Bewerbungsgemeinschaft nachweisen können und wenn feststeht, dass Sie gleichwohl auf Ressourcen anderer Unternehmen für bestimmte Leistungsteile zugreifen wollen.

Fall 2:

Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die **technische oder berufliche Leistungsfähigkeit** hat der Bewerber zusätzlich einzureichen:

- (i) die unter Abschnitt „Referenzen zu bestimmten Lieferungen“ und „Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität“ der EU-weiten Bekanntmachung bezeichneten Unterlagen für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft.
- (ii) die unter Abschnitt „Eintragung in das Handelsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen jeweils allesamt auch von diesem benannten Dritten mit Ausnahme der Formulare I und IV,
- (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI.

Hinweis zu Fall 2: Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie die Eignungsanforderungen zur beruflichen und/oder technischen Leistungsfähigkeit nicht bereits selbst als Bewerber oder Bewerbungsgemeinschaft nachweisen können und Sie dies durch Hilfe eines Unterauftragnehmers erreichen wollen. Das Unternehmen, das die Eignung leiht, ist bei Erhalt des hier ausgeschriebenen Auftrages zwingend als Unterauftragnehmer einzusetzen.

Fall 3:

Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die **wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** hat der Bewerber zusätzlich einzureichen:

- (i) Formular VII gemäß Abschnitt „Durchschnittlicher Jahresumsatz“ und „Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz“ der EU-weiten Bekanntmachung,
- (ii) die unter Abschnitt „Eintragung in das Handelsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen jeweils allesamt von dem Eignungsverleiher mit Ausnahme der Formulare I und IV,

- (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XII.

Hinweis zu Fall 3: Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie die Eignungsanforderungen zur wirtschaftlichen und/oder finanziellen Leistungsfähigkeit nicht bereits selbst als Bewerber oder Bewerbergemeinschaft nachweisen können und Sie dies durch Hilfe eines anderen Unternehmens erreichen wollen. Das Unternehmen, das die Eignung in dieser Hinsicht leiht, ist bei Erhalt der hier ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung nicht zwingend als Unterauftragnehmer einzusetzen. Das Unternehmen wird jedoch in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt.

Genereller Hinweis zur Eignungsleihe:

Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist. Zudem ist Eignungsleihe auch erforderlich, um im Hinblick auf die Auswahl der Bewerber anhand objektiver Kriterien Ressourcen anderer Unternehmen zugerechnet zu erhalten.

Fortsetzung nächste Seite.

Wir benennen folgende Unternehmen als Eignungsverleiher und/oder Unterauftragnehmer:

Firma des weiteren ein- zusetzenden Unternehmens	Technische/ Berufliche Eignungsleihe?	Beschreibung der Teilleistung, wenn Un- terauftragnehmer	Wirtschaftliche/ Finanzielle Eignungsleihe?
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

ggf. zu vervielfältigen!

Formular XI

Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerber hinsichtlich folgender Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Bewerber/der Bewerbungsgemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung (vgl. dort Abschnitt „Referenzen zu bestimmten Lieferungen“ und „Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität“):

- ☐ Erklärung Unternehmens–Referenzen (**Formular VIII**)

☐ Eigenerklärung Key-Account-Ansprechpartner (**Formular IX**)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbungsgemeinschaft diesem/dieser mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) unseres Unternehmens für die Dauer der Vertragsdurchführung uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen und die benannten Teilleistungen selbst auszuführen.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigefügt: Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in das Handelsregister“, mit Ausnahme der Formulare I und IV, und gemäß Abschnitt „Referenzen zu bestimmten Lieferungen“ und „Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität“ der EU-weiten Bekanntmachung.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)

Formular XII
Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe
der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerber hinsichtlich folgender Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung (vgl. dort Abschnitt „Durchschnittlicher Jahresumsatz“ und „Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz“):

☐ Erklärung zu den Umsätzen (**Formular VII**)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft zur gesamtschuldnerischen Haftung gemeinsam mit dem Bieter/Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigelegt. Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in das Handelsregister“, mit Ausnahme der Formulare I und IV, und das Formular VI.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)